



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 110. Ratssitzung vom 28. September 2024

3779. 2023/209

Postulat von Islam Alijaj (SP), Karin Weyermann (Die Mitte) und 1 Mitunterzeichnenden vom 19.04.2023:

Gewährleistung eines attraktiven Weiterbildungsangebots für städtische Angestellte zur Inklusion durch Menschen mit Behinderungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Karin Weyermann (Die Mitte)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1740/2023): Wissen Sie, wie man mit einer Person mit Behinderung richtig kommuniziert? Ich weiss es auch nicht immer. Als erwachsene Person hat man teilweise Hemmungen, Hilfe anzubieten, weil man nicht weiss wie. Nur schon die richtige Umgangssprache zu wählen, ist nicht immer einfach. Weiter ist nicht bei allen ein Bewusstsein für barrierefreie Architektur vorhanden. Mit diesen Thematiken beschäftigen sich städtische Angestellte, die im Alltag mit Personen mit Behinderung zu tun haben. Wer, wenn nicht Personen mit Behinderungen, können diese Angestellten darauf sensibilisieren und weiterbilden, damit sie lernen, wie man mit Personen mit Behinderung umgeht? Behinderungen und die Bedürfnisse dahinter sind so zahlreich, wie es Menschen gibt. Die eine richtige Lösung gibt es nicht. Darum ist es wichtig, dass unsere städtischen Angestellten, die im Alltag mit Menschen mit Behinderungen in Kontakt kommen und Projekte erarbeiten, die diese Personen betreffen, auf die Thematik sensibilisiert und weitergebildet werden.*

***Stefan Urech (SVP)** begründet den von Reto Brüesch (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. Mai 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Der Stadtrat schreibt sich Inklusion auf die Fahne. In der Stadt gibt es zwei Mitarbeiter, die sich ausschliesslich mit Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Im von ihnen erarbeiteten Massnahmenplan 2024–2027 steht genau das, was ihr gerade fordert. Das Postulat bringt nichts Neues ein und gehört darum klar zur Signalpolitik.*

Weitere Wortmeldungen:

***Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne):** Städtische Angestellte haben je nach Arbeitsbereich diverse Berührungspunkte mit Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen und mit dem Thema Behinderung generell. Diese Berührungspunkte können direkt oder indirekt*



*sein, so zum Beispiel in der Planung von städtebaulichen Massnahmen. Breite Weiterbildungsmöglichkeiten im Themenfeld sind wichtig und sehr sinnvoll. Besonders der Einbezug von selbstvertretenden Expert*innen – also Menschen mit einer Behinderung – ist von grosser Bedeutung und ermöglicht eine zielführende Auseinandersetzung mit der Thematik. Die Weiterbildungen führen dazu, dass Menschen mit Behinderung in der Stadt noch selbstbestimmter leben und weitere Barrieren abgebaut werden können. Die Grünen stimmen dem Postulat zu.*

Selina Frey (GLP): *Die Stadt bietet bereits verschiedene Weiterbildungsmöglichkeiten zum Thema Behinderung und Inklusion an, da stimme ich Stefan Urech (SVP) zu. Beim Lesen des Schlussberichts zum Massnahmenplan 2020–2022, der die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt analysierte, komme ich zu einem anderen Schluss als er. Mein Fazit daraus ist, dass das Postulat ein legitimes Anliegen ist, da es Handlungsbedarf gibt, spezifisch im Bereich der barrierefreien Informationen und hindernisfreien Wege bei Gebäuden. Festgehalten wird auch, dass es mehr fachspezifische Schulungen und Informationsangebote geben soll, in denen man bewusst den Austausch von Betroffenen und Expertinnen und Experten sucht. Darum ist es im Sinn des Schutzes von Minderheiten und der Solidarität ihnen gegenüber angebracht, das Postulat zu unterstützen.*

Martina Zürcher (FDP): *Ich möchte an Selina Frey (GLP) anknüpfen. Seit Kurzem gibt es nur noch drei Personenmeldeämter in der Stadt. Dort gehen viele Menschen ein und aus. Das Personenmeldeamt Zürich West ist alles andere als hindernisfrei, also gibt es viel Handlungsbedarf.*

Sophie Blaser (AL): *Ich möchte ein weiteres Beispiel anfügen, das Menschen mit Hörbeeinträchtigung betrifft. Ein Angebot für diese zu schaffen, braucht nicht viel Zeit und bedeutet keinen grossen Aufwand. In meinem Fall dauerte es etwa drei Stunden, um zu verstehen, wie anstrengend es sein kann, ein Hörgerät zu tragen und wie ich mich verhalten kann, um diesen Menschen das Leben zu erleichtern. Wir schulden es diesen Menschen, diesem Postulat zuzustimmen.*

Anjushka Früh (SP): *Es gibt eine weite Bandbreite an Behinderungen, die in die Prüfung des Postulats einfliessen muss. Wer könnte besser von ihren Schwierigkeiten im Alltag erzählen als die Betroffenen? Darum fordern wir, dass die Weiterbildungsangebote von Betroffenen geleitet werden sollen.*

Das Postulat wird mit 95 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat